

Franz Walter

Zeiten des Umbruchs?

Analysen zur Politik



ibidem

Franz Walter

Zeiten des Umbruchs?

Analysen zur Politik

ibidem-Verlag
Stuttgart

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Bibliographic information published by the Deutsche Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek lists this publication in the Deutsche Nationalbibliografie; detailed bibliographic data are available in the Internet at <http://dnb.d-nb.de>.

Gestaltung und Satz: Niklas Schröder

Coverfoto: imago/Seeliger

imago
a l l e bilder

∞

Gedruckt auf alterungsbeständigem, säurefreiem Papier
Printed on acid-free paper

ISBN-13: 978-3-8382-1269-2

© *ibidem*-Verlag
Stuttgart 2018

Alle Rechte vorbehalten

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und elektronische Speicherformen sowie die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

All rights reserved. No part of this publication may be reproduced, stored in or introduced into a retrieval system, or transmitted, in any form, or by any means (electronic, mechanical, photocopying, recording or otherwise) without the prior written permission of the publisher. Any person who does any unauthorized act in relation to this publication may be liable to criminal prosecution and civil claims for damages.

Printed in the EU

Inhalt

Vorwort	7
1. Die Mühen der Macht	9
2. Die Ratlosigkeit früherer Volksparteien	69
3. Zwischen alternativem Protest und Statusmilieu: Neubürgerliche Ambivalenzen	141
4. Gewalt und demokratische Linke	159
5. Ende der politischen Erzählungen?	179
6. Wissenschaft und Wahrheiten	199
7. Empirische Studien	217
8. Politische Bücher	231

Vorwort

Immer schon hat der Verfasser die „kleine Form“ der Darstellung und Analyse gemocht: den Essay, die Kolumne, den zugespitzten Kommentar, das Meinungsstück für eine Zeitung. Zuletzt war ihm angesichts schwieriger Lebensumstände auch kaum mehr als die „kleine Form“ noch möglich, wenn denn überhaupt noch Kraft genug zum Lesen und Schreiben blieb. Vieles von dem, was im Folgenden zu finden ist, hat er im Blog seines früheren Instituts (für Demokratieforschung in Göttingen) schon so oder ähnlich vorgestellt, einiges auch an anderen Orten. Ein Zusammenhang zwischen den Einzelteilen dieser Präsentation ist hoffentlich dennoch zu erkennen, da es nicht nur punktuell um die Fragen gesellschaftlicher und politischer Kohäsion versus Desintegration, um die Spannungen zwischen Pragmatismus und Ideenverlangen, um die Balance von Partizipationsbedürfnissen und Effizienzerwartungen, um die Gefährdungen des klassischen Typus der Volksparteien durch den neu gewandten Populismus vornehmlich (jedoch nicht nur) von rechts, um die zyklisch aktualisierte Frage nach der Gewalt in der Politik, den Wahrheiten und Wirklichkeiten zeitgenössischer Diagnostiken wissenschaftlichen Anspruchs, um den ewigen Wandel fundamentaler Oppositions- und Emanzipationsbewegungen in Richtung Adaption und Affirmation der Verhältnisse, die durch die erreichte Transformation entstanden sind, geht.

Für das Lektorat, die Korrektur und den Satz habe ich Katharina Trittelt, Jeanina Fischbach und Niklas Schröder sehr zu danken.

Göttingen, im Frühjahr 2018

1.

Die Mühen der Macht

Leicht hat es die politische Klasse in diesen Jahren nicht. Im Scheinwerferlicht der TV-Gesellschaft und vor dem Diktat rigider Transparenzansprüche der Foren- und Bloggerszene entblättert sich schnell die Autorität politischer Leitfiguren. Politische Anführer heute kommen durch den Totalitätsanspruch auf permanente Bürgernähe und öffentliche Präsenz weder zur gründlichen Lektüre noch zur mußereichen Reflexion ihres Tuns.¹ Zeit für Originalität und Konzeption ist kaum vorhanden, weshalb sich die Papageiensprache gerade in der Politik – wenngleich keineswegs nur da – so verbreitet hat. Die Träger des Politischen vermögen mittlerweile bestenfalls Schwämme zu sein, die Stimmungen aufsaugen; aber sie sind keine Vordenker, die Entwicklungen von morgen rechtzeitig aufspüren, deuten und prägen können. Zur Führung ist die politische Chefetage insofern kaum mehr fähig; geistig kann sie nicht antizipieren, sozialmoralisch nicht wenden, wie man bereits und spätestens in der Ära Kohl wohl ernüchtert zur Kenntnis nehmen musste.

Sorgen also darf man sich schon machen, dass die Demokratie und ihre Institutionen es in den nächsten Jahrzehnten nicht leicht haben werden – und dies natürlich aus anderen Gründen als noch vor einem Vier-

1 Vgl. Plasser, Fritz, Tele-Politik, Tele-Image und die Transformation demokratischer Führung, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 22 (1993), Heft 4, S. 409 ff.

teljahrhundert. Es sind nicht so sehr äußere, ideologisch totalitäre Feinde, welche die Demokratie bedrohen. Es sind vielmehr Entwicklungen aus dem Inneren der demokratischen Marktgesellschaften selbst, welche die Handlungsfähigkeiten gerade auch des Parlamentarismus zurückdrängen. Die Marktdemokratien haben die Freiheit des Konsumenten entfesselt, wodurch allerdings auch das Politische aus der Sicht von Konsumenten betrachtet wird – launisch, ungeduldig, jederzeit fordernd. Der Kunden-Bürger schaut sich in den Regalen des politischen Angebots um, wählt aus, was seine Konsumbedürfnisse rasch und preiswert befriedet. Der Zeitrhythmus von Kunden ist ein anderer als derjenige vernünftiger Politik. Sobald der Bürger in seiner Rolle als Kunde sein Bedürfnis – per Klick – geäußert hat, erwartet er auch die sofortige Bedürfnisbefriedigung durch prompte Offerte. Solide Politik dagegen ist notwendigerweise an lange Fristen gebunden, gewissermaßen auf die innere Fähigkeit zum Aufschub angewiesen. Problemfindung, Erörterung, Bündnissuche, Konfliktaustragung, Konsensherstellung und Ausgleich dauern nun mal.

Vor allem die Transparenzgesellschaft der Medienrevolution hat klassische politische Führung aus den Angeln gehoben. Jede Schwäche wird jetzt kompromisslos offengelegt, jede Verfehlung rigide lutherisch an den Pranger gestellt, jede Popularitätseinbuße demoskopisch ermittelt und der öffentlichen Häme preisgegeben. Der Druck hat sich dadurch auf alle Parteien enorm erhöht, die im Unterschied zu früheren Jahrzehnten nur noch wenig Nachsicht für zeitweilig unglücklich operierende Parteivorsitzende aufbringen.

Parteichefs in der Baisse werden jetzt rasch, nicht selten hektisch, zuweilen gar panikartig in die Wüste geschickt. Man konnte das in den beiden letzten Jahrzehnten besonders illustrativ bei den Sozialdemokraten beobachten.

Mit der faktischen Erosion von Führungsressourcen in der Medien- und Internetgesellschaft kollidiert die Wahrnehmung des politischen Geschehens durch die Bevölkerung. Denn in einer solchen Gesellschaft erscheint Politik streng zentralisiert, hierarchisch, höfisch. Das Zentrum ist das Berliner Regierungsviertel; das Kanzleramt bildet den Hof; und ganz oben thront derzeit noch Angela, die Erste. Mit den Möglichkeiten und Beschränkungen moderner Politik hat das wenig zu tun. Natürlich wussten die Politiker stets, wie eng ihr Handlungsspielraum war. Sie wussten, wie stark die Verhandlungs- und Vermittlungszwänge ihre politische Souveränität einschnürten und begrenzten. Aber sie begaben sich doch ganz gerne in die Positur der kraftvollen und souveränen Lenker der Staatsgeschäfte. Die auf diese Weise erzeugten Ansprüche wurden dann verlässlich frustriert; die Verdrossenheitswerte an der gesellschaftlichen Basis, für die man das Schauspiel inszenierte, nahmen kontinuierlich zu.

Die Ausnahmezeit innerhalb dieses fortschreitenden Trends indes bilden Krisen und Katastrophen. Dann schlägt die Stunde der Kraftnaturen, Abenteurer, aber auch der kaltblütigen Taktiker der Macht. Denn jetzt weitet sich für einen kurzen Zeitraum das politische Spielfeld. Die Vetomächte müssen ihre Routineeinwände unter dem Druck der aufgeschreckten Öffentlichkeit

zurückstellen. Der Exekutive werden in den Zeiten des Notfalls außerordentliche Befugnisse eingeräumt. Die sonst sperrigen Institutionen dürfen zwischenzeitlich übergangen werden. Helmut Schmidt, der Heros im Kampf gegen Hamburger Fluten und international agierende Terroristen, war ein großer Nutznießer solcher Konstellationen, auch Gerhard Schröder, dem ebenfalls die Wassermengen der Elbe zur rechten Zeit zur Heldenattitüde verhalfen. Und auch in der Außenpolitik gibt es historische Knotenpunkte, an denen die innenpolitischen Blockademächte nicht beteiligt sind und Spielräume sich öffnen. In einem solchen „Weltenmoment“ kann man als politischer Anführer einer Nation dann Geschichte machen, so Adenauer in den 1950er, Brandt in den frühen 1970er Jahren, Kohl 1989/90. Und Angela Merkel versuchte es zuweilen, wenn auch gedämpfter, ebenso.

Ist der Moment vorüber, hat der Held erledigt, was zu vollbringen war, dann wird die Geschichte ihn wegwerfen „wie leere Hülsen“, um den großen Georg Wilhelm Friedrich Hegel zu zitieren. Das ist dann kein Charakteristikum der neuen Netzdemokratie oder der Empörungs- und Erregungsgesellschaft. Das ist die ewige Räson von Machtpolitik und politischem Zyklus. Adenauer erfuhr dieses Schicksal 1963, Brandt erlebte das Drama 1974. Und auch der amtierenden Bundeskanzlerin wird es natürlich mindestens in mittlerer Zukunft keineswegs anders ergehen.

Wanja und die moderne Politik

Doch bleibt bemerkenswert, dass Angela Merkel wurde, was sie ist – und sich an der Spitze der Bundesregierung verblüffend lange halten konnte. „Woher nimmt sie nur die Kraft?“, titelte bereits im Dezember 2011 der *Stern*. Versuchen auch wir eine Antwort. Bedienen wir uns einer der beliebten russischen Volkssagen, nämlich der, die von den Abenteuern des starken Wanja handelt. Der Kinder- und Jugendbuchautor Otfried Preußler hat eine eigene Version davon Ende der 1960er Jahre als Buch veröffentlicht.² Der starke Wanja, so wird erzählt, mied in seiner Jugend die schwere Feldarbeit. Stattdessen ruhte er sieben Jahre lang in der Bauernstube auf dem Ofen, nährte sich von Sonnenblumenkernen – und tat sonst rein gar nichts. Keiner seiner Brüder mochte ihn leiden. Verständlicherweise. Aber nach sieben Jahren der Muße stand Wanja vom Ofen auf, war ausgeruht und stark wie ein Bär. Er zog aus, bekämpfte die Bösen. Zum Schluss wurde er Zar im Land jenseits der Weißen Berge. Natürlich ist das eine ganz unrealistische Geschichte. Wir alle wissen schließlich, dass nach sieben Jahren des aktivitätslosen Phlegmas die Muskeln erschlafft sind, dass man nicht stark, sondern schwach ist. Und doch hat auch diese Geschichte, wie es bei Volkssagen so üblich ist, einen wahren Kern. Im Zustand der deutschen Politik der letzten Jahre können wir diesen Kern wunderbar erkennen, bei Angela Merkel also.

Im Grunde hätte sie kaum eine Chance auf eine politische Karriere haben dürfen. Denn sie besaß nichts von

2 Vgl. Preußler, Otfried, *Die Abenteuer des starken Wanja*, Würzburg 1968.

dem, was nach der festen Überzeugung aller Kenner des Politischen unabdingbare Voraussetzung dafür ist, um in der Parteiendemokratie ganz oben tatsächlich zu reüssieren. Merkel verfügte nicht über ‚Stallgeruch‘, hatte keine ‚Ochsentour‘ absolviert, durfte sich nicht auf geschlossene Bataillone eines mächtigen Landesverbandes verlassen, war nicht in Seilschaften und einflussreiche Netzwerke oder Sauna-Gemeinschaften eingefügt. Und dennoch wurde sie Kanzlerin, dennoch führt sie die CDU seit nunmehr 18 Jahren – weit länger als dies Ludwig Ehrhard, Kurt Kiesinger, Rainer Barzel oder Wolfgang Schäuble gelang, die allesamt keine ganz kleinen Kaliber in der deutschen Politik waren.

Bleiben wir mithin bei unserer Geschichte. Angela Merkel hatte einiges vom starken Wanja. 35 Jahre lebte sie in der DDR, bis die Mauer fiel. Es sei ein entschleunigtes Leben gewesen, wurde oft berichtet.³ Merkel jedenfalls nahm sich alle Zeit der Welt, um geruhsam in den Tag hinein zu promovieren, profilierte sich nicht durch staatlich erwünschten Aktivismus, investierte aber auch keine Kraft in Oppositionsaktivitäten; dergleichen hielt sie für verlorene Liebesmüh. Die meisten Gegner der SED-Herrschaft waren, anders als sie, im Herbst 1989 bereits zermürbt und verschlissen, hatten sich in Konspirationen und Verdächtigungen verbissen. Angela Merkel hingegen betrat die politische Bühne der Bundesrepublik als Wanja: ausgeruht, neugierig, ohne den verzerrenden Blick abgekämpfter Lebenslangaktivisten.

3 Vgl. Boysen, Jacqueline, Angela Merkel. Eine deutsch-deutsche Biographie, München 2001, S. 11 ff.

Das war die Differenz Merkels nicht nur zu den früheren Ost-Dissidenten; das war auch der Unterschied zu ihren gleichaltrigen Rivalen an der Spitze christdemokratisch geführter Landesregierungen vom *Pacto Andino*. Sie alle waren schon rund drei Jahrzehnte im Geschäft, waren die Karriereleiter von der ersten bis zur vorletzten Sprosse hochgeklettert, von der Schüler Union über die Junge Union, den RCDS, die Kommunalpolitik, die Landespolitik und so weiter. Sie waren bestens versäult, sie kannten die Rituale und Konventionen ihrer Partei, die Sprachformeln und Symbole ihrer Milieus. Immer hieß es, dass sei die Voraussetzung schlechthin, um in der Parteiendemokratie zu reüssieren.

Aber in den Nach-Kohl-Jahren standen Parteien nicht mehr im Zentrum, waren nicht mehr Ausdruck elementarer und kraftvoller Soziallagen. Wer dort Tag für Tag geackert hatte, galt nicht mehr unbedingt als Experte für Hoffnungen und Ängste der tragenden Lebenswelten in dieser Republik. Insofern sind Parteien für den politischen Prozess, für Rekrutierung, Orientierung und Mobilisierung nicht mehr so zwingend wichtig wie früher – mit der Folge, dass die intime Kenntnis der inneren Mechanismen des Parteienbetriebes an Bedeutung verliert. Die Kochs, Merzens, Müllers, Beusts, Wulffs, Rüttgers, Böhrs und wie sie alle hießen und heißen hätten gegen Merkel das Spiel leicht gewinnen müssen – hätten es drei Jahrzehnte zuvor gewiss auch noch souverän gewonnen –, wären die klassischen parteidemokratischen Fundamente nach wie vor intakt und vital gewesen. Aber mit der Vitalität war es vorbei. Und doch absorbiert das Engagement dort, gleichsam von Kindesbeinen an, viel

Zeit, Energie und Phantasie für introvertierte Händler in einer nunmehr randständig gewordenen, fast absonderlichen Gesellungsform. Das Tun dort erdet nicht mehr, sorgt nicht für Wurzeln und Erfahrungen, nicht für Commonsense und Wirklichkeitssinn. Die Binnenbetriebsamkeit in diesem Biotop verschleißt enorm viel Lebenskraft, zieht die Tag für Tag Engagierten von wirklich substanziellen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen ab. Und so sind die Aktivisten von früher Jugend an meist schon erschöpft, wenn sie da ankommen, wo sie immer hinwollten – und werden dann noch dazu härter denn je in der bundesdeutschen Geschichte in wutbürgerlichen Lebenswelten als abgehobene und egoistische Postenjäger beschimpft.

Über die Ambivalenzen des Bürgerengagements

Dabei war bereits in den 1970er in Pamphleten und Essays akademischer Neo-Marxisten Jahren viel und gern von den „Legitimationsproblemen des bürgerlichen Staates und der Demokratie“ die Rede gewesen. Indes: Damals stand das Gros der Wahlbürger noch keineswegs im tiefen Groll den Institutionen der repräsentativen Demokratie gegenüber. Doch in jüngerer Zeit indessen hat sich die Sichtweise der Deutschen weitreichend verschoben. Das Ansehen besonders der Parteien, Parlamentarier und Regenten ist mit Aplomb zurückgegangen. So existiert das Problem, das vor 45 Jahren noch keines war, derzeit tatsächlich. Zumal: Moderne Demokratien sind, besonders im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts, gleichsam in paradoxer Reaktion auf gesellschaftliche Vielfachdifferenzierung und partizipatorische Transparenz- und

Beteiligungsverlangen, mehr und mehr zu Verhandlungsexekutiven in verschlossenen Räumen und informellen Strukturen minoritärer Runden von Entscheidungsträgern mutiert. Die Vereinbarungen der politischen Klassen mit anderen potenten Akteuren in Ökonomie und Gesellschaft vollziehen sich zunehmend jenseits parlamentarischer Foren und ihrer Einwirkungsmöglichkeiten.

Die Parteien in Deutschland scheinen sich dem nicht zu widersetzen. Man kann seit Jahren Parteitage erleben, auf denen „Europa“ als eines unter mehreren Themen auf der Tagesordnung steht. Sobald der Punkt aufgerufen wird, erheben sich etliche Delegierte – nicht anders als die journalistischen Beobachter – von ihren Sitzen, um in der Lounge Kaffee und Brötchen zu sich zu nehmen. Das Gros der nationalen politischen Mandatsträger hält sich vom Terrain transnationaler Entscheidungen längst fern, akzeptiert nahezu fatalistisch die eigene Einflusslosigkeit auf diesem Gelände. Statt der über Jahre in präsidialen Reden und Akademieansprachen belobigten Partizipation wurde Depolitisierung das politische Stil- und Herrschaftsmittel im frühen 21. Jahrhundert.⁴

Bürgerbeteiligung, zivilgesellschaftliches Engagement, Mitsprache – all diese Begriffe und Losungen, die primär in der sozialliberalen Reformära der frühen 1970er Jahre generationsprägend zirkulierten, erleben durchaus ein veritables Revival.⁵ Schließlich zieht das

4 Vgl. Michelsen, Danny/Walter, Franz, Unpolitische Demokratie. Zur Krise der Repräsentation, Berlin 2013.

5 Hierzu im Folgenden zum Teil Überlegungen und Untersuchungsergebnisse, die im Februar 2013 ausführlich als BP-Gesellschafts-

politische System aus alledem auch seinen Nutzen. Hinter dem Engagement von Bürgern stehen Wissen, Information, Ideen, Einfälle und beträchtliche Energien, derer sich der Staat in allerlei Feldern, die nicht zum Kernbereich politischer Macht, dafür zum Aufgabenset erwartbarer Dienstleistungen gehören, gewinnbringend bedienen kann.⁶ Überdies: Das institutionalisierte Gemeinwesen kann sparen, wenn emsige Bürger die Löcher stopfen, die aufgrund von Streichungen bei den Haushaltsplänen durch die öffentliche Hand gerissen worden sind. Selbst der dezidierte, oft bedrohlich erscheinende Bürgerprotestprotest kann dem System, ob beabsichtigt oder nicht, wertvolle Dienste leisten. Auch deshalb schauten akademische Marxisten schon in den 1970er Jahren misstrauisch auf die diversen Bürgerinitiativen. Die radikale Linke wertete deren Treiben als „systemstabilisierend“, ordnete ihnen süffisant die Funktion eines „Frühwarnsignals“ für die ansonsten ahnungslos gebliebenen Herrschenden zu, welche dann den Unmut durch reformistische Palliativmittel pazifizieren und letztlich unschädlich machen konnten. Rundum falsch war diese Interpretation nicht. Die von konservativen Professoren zeitgleich befürchtete „Unregierbarkeit“⁷

studie von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Göttinger Instituts für Demokratieforschung in einer Publikation des Rowohlt-Verlages präsentiert wurden, vgl. Stine Marg u.a., *Die neue Macht der Bürger. Was motiviert Protestbewegungen?*, Reinbek 2013.

- 6 Vgl. Rucht, Dieter, Bürgerschaftliches Engagement in sozialen Bewegungen und politischen Kampagnen, in: Toyka-Seid, Christiane, *Bürgerschaftliches Engagement in Parteien und Bewegungen*, Opladen 2003, S. 17–155, hier: S. 18.
- 7 Siehe Matz, Ulrich, *Der überforderte Staat: Zur Problematik der heute wirksamen Staatszielvorstellungen*, in: Hennis, Wilhelm/

der modernen, fragmentierten demokratischen Gesellschaften trat jedenfalls nicht ein, trotz zahlreicher Protestwellen, einhergehend mit sozialen und kulturellen Konflikten, gerade in den Jahren des Sozialliberalismus nach der Ära Willy Brandt. Die gesellschaftlichen Eruptionen dieser Zeit trugen vielmehr dazu bei, dass sich das Parteiensystem erweiterte und dadurch die neuen rebellischen Kohorten und Bewegungen integrativ domestizierte, auch, dass sich die politische Elite ergänzte und somit Repräsentationslücken schloss, schließlich, dass sich der westdeutsche Kapitalismus durch ökologische Anstöße modernisierte und Wettbewerbsvorteile in den Umwelttechnologien auf dem Weltmarkt errang. Insofern wirken Partizipationsströme wie Fermente für rechtzeitige systemimmanente Innovation, die andernfalls zu spät hätte kommen können.

Andererseits: Protest und Partizipation erfordern ihren physischen und psychischen Tribut. Man hält nur eine Zeit lang die eitlen Auseinandersetzungen und artifiziellen Aufgeregtheiten des aktiven Lebens aus, braucht dann die kontemplative Ruhe und das meditative Schweigen, wenngleich öffentlicher Aktivismus nicht ganz wenige, die ihn betreiben, in Sucht und Abhängigkeit geraten lässt.⁸ In der Zeit, die dem Engagement folgt, sind die erschöpften Akteure froh über Institutionen und Repräsentativorgane, die entlasten. Das konnte man seit Mitte der 1980er Jahre gut beobachten. Die junge Partizipati-

Kielmansegg, Peter Graf/Matz, Ulrich (Hrsg.), *Regierbarkeit. Studien zu ihrer Problematisierung*, Stuttgart 1977, S. 82–102.

8 Vgl. Hirschman, Albert, *Engagement und Enttäuschung: Über das Schwanken der Bürger zwischen Privatwohl und Allgemeinwohl*, Frankfurt am Main 1984, S. 110 f.

onsgeneration der sozialliberalen Jahre nahm während der Kohl-Ära eine Auszeit im kollektivem Engagement, da sie, in der Rushhour des Lebens angekommen, durch Beschleunigung und Multiplikation beruflich-privater Anforderungen keine freien Energien für zivilgesellschaftliche Intervention mehr besaß. Die viel beklagte Entpolitisierung der Kohl-Jahre war keineswegs allein eine gezielt politisch-kulturelle Restauration der regierenden Konservativen, sie wurde auch von denen, die sich weiterhin kritisch gaben, stillschweigend fundiert.⁹

Darauf hat in den letzten Jahren Ingolfur Blühdorn, Politologe an der englischen Universität Bath, wieder und wieder hingewiesen. Blühdorn sah im Rückzug aus der politischen Partizipation allerdings keine temporäre Erscheinung einer im Lebenszyklus vorübergehend erschöpften Generation. Der Politikwissenschaftler geht erheblich weiter, radikalisiert gewissermaßen das Paradigma der „Postdemokratie“. Blühdorn bezweifelt, dass die Demokratie jemals eine adäquate Ordnung für moderne Gesellschaften war; und er glaubt nicht daran, dass sie noch ein attraktives Modell für die Mehrheit der Bürger im 21. Jahrhundert bleiben wird. Schlachtrufe der Art von „Democracia real YA!“ oder Losungen wie „mehr Demokratie wagen“ erscheinen ihm hohl, gar abschreckend. Das Gros der Bürger habe in den hochkomplexen Gesellschaften genug mit dem Management

9 Vgl. Blühdorn, Ingolfur, The sustainability of democracy. On limits to growth, the post-democratic turn and reactionary democrats, online einsehbar unter: <https://www.eurozine.com/the-sustainability-of-democracy/> [zuletzt abgerufen am 14.06.2018].

der mittlerweile vielfältigsten Probleme und Aufgaben des Alltags zu tun, so dass zusätzliche Partizipationsanstrengungen im öffentlichen Raum für die überforderten Subjekte nicht mehr zu verkraften seien. Nicht zuletzt deshalb hätten die ehemaligen postmaterialistischen Mittelschichtsbürger so freudig die Metapher vom „politischen Konsum“ aufgegriffen, um damit ohne weitere Engagementsleistungen das samstäglische Shopping zum zeitgemäßen Ausdruck weltverbessernder politischer Aktivität veredeln zu können.¹⁰ Blühdorn sieht in einem solchen undefinierten Partizipations- und Politikverständnis – von ihm als „simulative Demokratie“ bezeichnet – gerade auch unter ökologischen Gesichtspunkten eine ernsthafte Gefahr für die Zukunft der Gesellschaften. Würden Bürger in einer im Grunde „reaktionär gewordenen Demokratie“ in Konsumentengesellschaften zu zusätzlichen Beteiligungsansprüchen ermuntert werden, dann könne dies nur auf Kosten einer ressourcenschonenden Nachhaltigkeit gehen. Die innere Dynamik von Demokratie und Partizipation läuft Blühdorn zufolge auf Erweiterung hinaus, auf einen Zuwachs individueller (Konsumenten-) Autonomie und auf eine Anhebung des materiellen Lebensniveaus für organisations- und forderungsstarke Gruppen. Gerade diese Art von Emanzipation aber erachtet er als besondere Gefahr. Denn so stehe zu befürchten, so Blühdorns düsteres Orakel, „dass gerade unter den Bedingungen fortgeschrittener Gesellschaften ‚mehr Demokratie‘ vor allem mehr Naturzerstörung und

10 Vgl. Blühdorn, Ingolfur, Demokratie als Selbstillusion, in: Die Gazette 30 (2011), S. 26–30, hier: S. 28.

soziale Ausgrenzung bedeuten könnte“.¹¹ Jahrzehnte vor Blühdorn hatte bereits ein liberal-konservativer Intellektueller zu bedenken gegeben: „Demokratisierung bedeutet im Regelfall nicht Demokratie, sondern Oligarchie. Es sollen ein paar neue Gremien eingerichtet, ein paar neue Räte besetzt werden.“¹² Und Herfried Münkler, ein sozial-liberaler Denker und Politologe unserer Tage, urteilt gleichermaßen skeptisch, dass „das Demokratisierungsprojekt der Demokratie eher geschadet als genutzt“¹³ habe. „Albtraum Partizipation“?¹⁴

Gleichviel. Der Partizipationsbedarf jedenfalls ist, auch wegen der gewachsenen Zahl an zeitreichen, gut qualifizierten „jungen Alten“, gewiss zuletzt eher gestiegen. Schon und gerade der frühere Bundeskanzler Gerhard Schröder und andere sozialdemokratische Regierungschefs des sogenannten Dritten Weges reagierten darauf mit einer bewussten Strategie der Depolitisierung¹⁵, gleichsam als Technik moderner Gouvernamentalität, um

11 Vgl. Blühdorn, Ingolfur, Zur Zukunftsfähigkeit der Demokratie. Nachdenken über die Grenzen des demokratischen Optimismus, in: Wissenschaft & Umwelt Interdisziplinär, 14 (2011), S. 19–28, hier: S. 26.

12 Vgl. Gross, Johannes, Wie das Wunder in die Jahre kam, Düsseldorf 1994, S. 17.

13 Vgl. Münkler, Herfried, Wagnis Demokratisierung. Ob die Hoffnung zum Debakel wird?, in: Theater heute März 2010, S. 35–39, hier: S. 38.

14 Vgl. Miessen, Markus, Albtraum Partizipation, Berlin 2012.

15 Vgl. Burnham, Peter, New Labour and the politics of depoliticisation, in: British Journal of Politics and International Relations, Bd. 3, Heft 2, 2001, S. 127–149; Buller, Jim/ Flinders, Mathew, The Domestic Origins of Depoliticisation in the Area of British Economic Policy, in: British Journal of Politics and International Relations 7 (2005), S. 526–543.

durch den Imperativ der „Alternativlosigkeit“ Gegenpositionen zu delegitimieren. In der Tat: Der unzweifelhaft gestiegene Wunsch nach vielfachen Beteiligungen der Bürger an politischen Vorhaben verkomplizierte den Entscheidungsprozess. Das wiederum erzürnte das Gros der Bürger, deren Ansprüche auf ein rasches, konzises und effektives Regierungshandeln ebenfalls angestiegen sind, was in der Vetogruppendemokratie, zu der der Partizipationsimpetus unweigerlich führt, schlechterdings nicht zu realisieren ist. Der Bürger, der es in seiner Rolle als Konsument gewohnt ist, dass sein je individuelles Bedürfnis prompt befriedigt wird, reagiert politisch verdrossen, da die Politik den Bürgern nicht geben kann, was diese als Konsumenten verlangen und als Partizipanten zugleich verunmöglichen. Auch dürfte schwer zu leugnen sein, dass sich durch partizipatorischen Impetus die rechtlichen Regelungen im Resultat ausweiten, was in der Folge zu jener Überregulierung des öffentlichen Lebens führt, welche die Bürger dann gegen Staat und Politik in Wallung bringt.¹⁶ Zusammen: Je heterogener die Bedürfnisstruktur von Gesellschaften ohne homogene sozialmoralische Vergemeinschaftung ausfällt, desto schwieriger gestaltet sich der Aushandlungsakt von Politik, die nur noch mühselig und inkohärent aggregieren kann, was die aufgesplitterte Gesellschaft an unterschiedlichsten Begehrlichkeiten an sie heranträgt und ihr abverlangt.¹⁷

16 Vgl. Christoph Möllers, *Der vermisste Leviathan. Staatstheorie in der Bundesrepublik*, Frankfurt am Main 2008, S. 69.

17 Ritzi, Claudia/Schaal, Gary, Politische Führung in der „Postdemokratie“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft 2–3 (2010), S. 9–15.

Aber das goldene Zeitalter fest strukturierter Weltanschauungslager ist nun mal passé. Doch was bedeutet das? Bietet das Grund zur Besorgnis oder vielmehr Anlass zur Erleichterung, da die früheren Lagerkulturen einen unzweifelhaft antiindividuellen Disziplinierungscharakter besaßen? Unter Interpreteten überragt – und sicher nicht zu Unrecht – die positive Interpretation des gesellschaftlichen Dekompositionsprozesses. Man goutiert die sonnigen Seiten der Individualisierung, lebt die Opulenz der Optionen, schätzt die Möglichkeit des Auszugs aus beengenden, kontrollierenden, einhegenden Kollektiven. Das ist fraglos attraktiv – jedenfalls für diejenigen, die über Bildung, Mobilität, Selbstbewusstsein und Kreativität verfügen.

Nur: In den vom gelungenen Fortschritt entkoppelten Teilen der Gesellschaft bedeutet der Abschied von den bergenden Lagern in der Regel nicht das glückliche Entree in ein Reich neuer Möglichkeiten und Chancen. Hier geht die Erosion der sozialmoralischen Vergemeinschaftungen einher mit der Wahrnehmung eigener Überflüssigkeit.¹⁸ Die alten Milieus hatten nicht allein Wärme und Nähe geboten, sondern ebenso zahlreiche Funktionen und Tätigkeiten im weit gefächerten Organisationssystem, was ihnen Bedeutung und Selbstbewusstsein verschaffte. Mit dem Zerfall der sozialmoralischen und politischen Vergemeinschaftungen ist diese aktivierende, ermutigende und inkludierende Wirkung großflächiger Organisationszusammenhänge der Selbsthilfe verloren gegangen. Die postindust-

18 Vgl. Kronauer, Martin: Exklusion: die Gefährdung des Sozialen im hoch entwickelten Kapitalismus, Frankfurt am Main 2002.

riegesellschaftliche Individualisierung ist daher für diejenigen ohne hinreichend eigene Handlungspotentiale und wissensgesellschaftliche Kompetenzen negativ, hoffnungsarm und im Grunde zukunftslos. Natürlich, ein Zurück zu den mitunter abträglich nach innen homogenisierenden und nach außen scharf konfrontativen Groß-Lagern wird es nicht geben. Schließlich vollzog sich die Herauslösung aus der Kollektivität, die Dekomposition der großorganisatorischen Hierarchien seit den 1970er Jahren nicht zufällig. Aber man kann es sich auch nicht zu einfach machen und nun fröhlich und selbstgewiss kurzerhand die „Bürger“- oder „Zivilgesellschaft“ als probaten Ersatz für die überkommenen wie verschlissenen Milieus preisen.¹⁹

Die gegenwärtig gelobte Zivilgesellschaft jedenfalls bietet jenen wenig Hoffnungen und Aussichten. Gerade die modernen Partizipationsinitiativen liefern keine Lösung des Ungleichheitsproblems, laufen vielmehr noch stärker auf eine Art Zensusdemokratie hinaus. Es behaupten sich im zivilgesellschaftlichen Engagement im Wesentlichen diejenigen, die über besonderes Kapital verfügen, die Interessen wirksam zu organisieren vermögen, die in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden, die Bündnispartner aufgrund des eigenen gesellschaftlichen Gewichts gezielt mobilisieren können. Wer hingegen über dergleichen rhetorische, organisatorische, kommunikative, natürlich auch materielle Quellen nicht verfügt, steht außerhalb der Teilhabe- und Mitwir-

19 Vgl. Adloff, Frank: Die Zivilgesellschaft. Theorie und politische Praxis. Frankfurt am Main/New York 2005; Kocka, Jürgen, Zivilgesellschaft in historischer Perspektive, in: Forschungsjournal Neue soziale Bewegungen 2 (2003), S. 29–37.

kungsgesellschaft.²⁰ Das Unbehagen darüber hält sich erkennbar in Grenzen, obwohl im Akt der Partizipation und des aktiven Protests gar ein Treibmittel der Ungleichheitsverschärfung steckt. Eine wesentliche Quelle für zivilgesellschaftliches Engagement ist die biographisch mehrfach gestützte Erfahrung von Selbstwirksamkeit.²¹ Personen, die bereits von Kindheit an die Wirkmächtigkeit ihres Tuns erleben durften, Zuspruch fanden, Lob ernteten, verfügen über feste Polster an Selbstvertrauen. In den neuen Unterschichten dagegen muten die biographischen Schlüsselerlebnisse anders an: In der Bilanz überwiegen Abbrüche, Risse, Zurückweisungen, Verletzungen, nicht die psychisch stärken den Augenblicke des Gelingens und des Erfolgs.

Allein deshalb bevölkern Mittelschichtzugehörige mit akademischen Titeln und Abschlüssen die Bürgerbegehren, aber kaum diejenigen ohne solchen Hintergrund.²² Und im kollektiven Engagement setzt sich die Kompetenzerweiterung bei denjenigen, die bereits reichlich mit Wissen, Informationen, oratorischen Fähigkeiten versorgt sind, nochmals fort. Denn bei der Organisation

20 Vgl. Klatt, Johanna, Individualisierte Zivilgesellschaft und die Beteiligung sozial Benachteiligter, in: betrifft: Bürgergesellschaft 37, Dezember 2011, online einsehbar unter <http://www.fes.de/buergergesellschaft/documents/BB-37IndividualisierteZivilgesellschaft.pdf>. [zuletzt abgerufen am 14.06.2018].

21 Vgl. Bandura, Albert, Perceived Self-Efficacy in Cognitive Development and Functioning, in: Educational Psychologist, Jg. 28 (1993), Heft 2, S. 117–148.

22 Vgl. van Aelst, Peter/Walgrave, Stefaan, Who is that (wo)man in the street? From the normalization of protest to the normalization of the protester, in: European Journal of Political Research, Jg. 39 (2001), Heft 4, S. 461–486, hier: S. 462.